

Fact-Sheet: EU-Militarisierung



Informationsstelle
Militarisierung e.V.



© IMI Oktober 2012

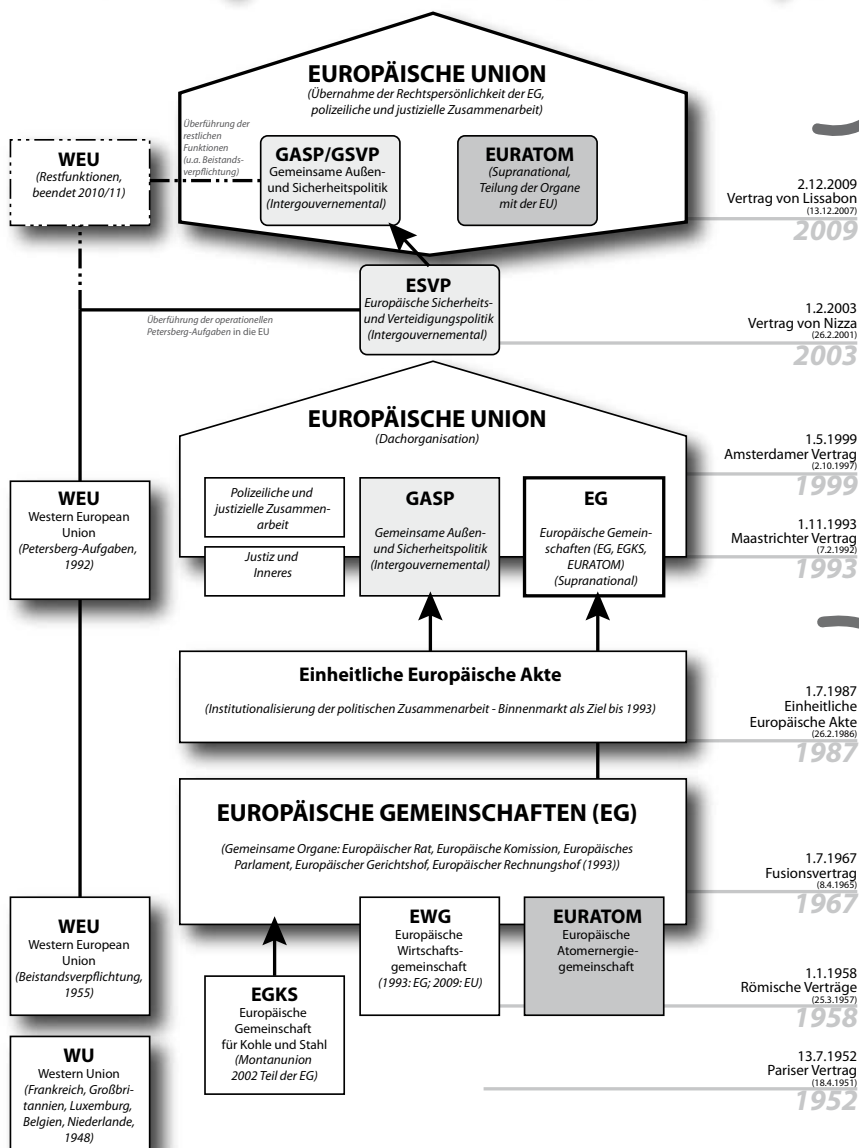
„Für Europa ist es wesentlich, dass es versteht, dass die einzige Möglichkeit, um Unterstützung für Europa zu erhalten, heute nicht auf einer Art Nachkriegsicht basieren kann, dass die EU notwendig für den Frieden ist. [...] Die Existenzberechtigung Europas basiert heute auf Macht, nicht auf Frieden.“

Tony Blair, ehemals britischer Premierminister, im Juni 2011

„Der postmoderne Imperialismus hat zwei Komponenten. Die erste ist der freiwillige Imperialismus der globalen Ökonomie. Er wird normalerweise von einem internationalen Konsortium durch internationale Finanzinstitutionen wie IWF und Weltbank ausgeübt. [...] Die Herausforderung der postmodernen Welt ist es, mit der Idee doppelter Standards klarzukommen. Unter uns gehen wir auf der Basis von Gesetzen und offener kooperativer Sicherheit um. Aber wenn es um traditionellere Staaten außerhalb des postmodernen Kontinents Europa geht, müssen wir auf die rauerer Methoden einer vergangenen Ära zurückgreifen – Gewalt, präventive Angriffe, Irreführung, was auch immer nötig ist, um mit denen klarzukommen, die immer noch im 19. Jahrhundert leben, in dem jeder Staat für sich selber stand. Unter uns halten wir uns an das Gesetz, aber wenn wir im Dschungel operieren, müssen wir ebenfalls das Gesetz des Dschungels anwenden.“

Cooper, Robert, Autor der EU-Sicherheitsstrategie in seinem Buch The Breaking of Nations, London 2003

Der Weg zur Militärmacht EUropa



2012 Französisch-deutsche und italienisch-deutsche Erklärung zur Stärkung der EU-Militärkapazitäten; Mitte 2012 tritt das EU-Verteidigungspaket (Defence Package) europaweit in Kraft, mit dem der Rüstungssektor vereinheitlicht und Rüstungsexporte erleichtert werden sollen.

2011 Erste Vorschläge zur Bündelung und gemeinsamen Nutzung von Militärggerät (Pooling & Sharing), zielt auf eine Europäisierung der Rüstungspolitik ab.

2010 Am 1. Dezember nimmt der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) seine Arbeit auf.

2009 Vertrag von Lissabon (EUV) tritt als neue EU-Rechtsgrundlage in Kraft. Neben einer Reihe hochproblematischer Neuerungen, u.a. Festschreibung weltweiter EU-Kampfeinsätze, wird darin der EU-Militärbereich in „Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (GSVP) umbenannt.

2008 Auf dem Dezember-Ratsgipfel wird beschlossen, Kapazitäten aufbauen zu wollen, um bis zu 19 EU-Einsätze gleichzeitig durchführen zu können.

2007 „Zivilisten“ werden zur Flankierung von EU-Auslandseinsätzen bereitgestellt.

2004 Headline Goal 2010: Entscheidung zum Aufbau von EU-Gefechtsverbänden (Battlegroups). Seit 2007 stehen immer zwei Verbände (je 1.500 Soldaten) zur Verfügung, um innerhalb von 5-30 Tagen entsendet werden zu können; Gründung der EU-Verteidigungsagentur.

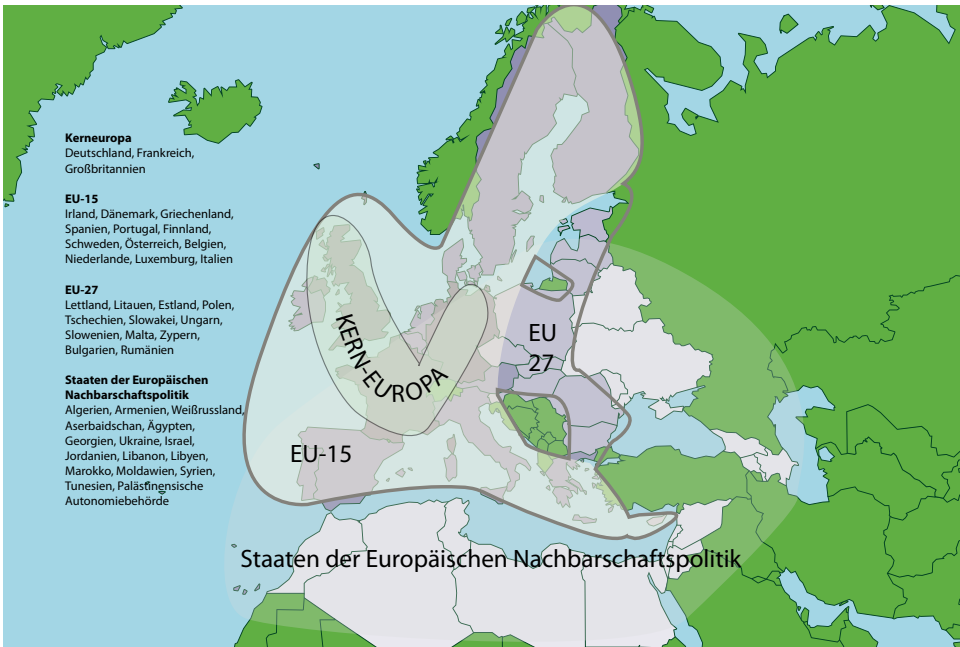
2003 Erste Einsätze in Mazedonien und im Kongo (deutlich weiter als 4.000km von Brüssel entfernt). Erster Einsatz ohne Rückgriff auf NATO-Strukturen (und damit unabhängig von den USA); Verabschiedung der Europäischen Sicherheitsstrategie.

2000 Beschluss zum Aufbau von Militärausschuss, Militärstab und Politischem und Sicherheitspolitischem Komitee.

1999 Helsinki Headline Goal: Entscheidung zum Aufbau einer EU-Eingreiftruppe. Umfang: 60.000 Soldaten - bedeutet mit Rotations- und Ruhezeiten ca. 180.000 (1/3 stellt Deutschland). Einsatzradius (damals): 4.000km um Brüssel. Einsatzfähigkeit wurde im Mai 2003 erklärt.

1997 Die Westeuropäische Union (WEU) und damit auch die sog. Petersberg Aufgaben („humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, friedenserhaltende Aufgaben sowie Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung einschließlich friedensschaffender Maßnahmen“) werden mit dem Vertrag von Amsterdam in die Europäische Union überführt.

1992 Vertrag von Maastricht, mit dem die „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ (GASP) eingeführt wurde.



EU-Expansionsphasen und imperiale Raumkonzepte

„Die postmoderne Antwort Europas auf existierende Bedrohungen besteht in der kontinuierlichen Ausweitung des Systems eines kooperativen Imperiums. 'Ich habe keine andere Möglichkeit meine Grenzen zu verteidigen, als sie auszudehnen', sagte Katharina die Große - und die Europäische Union scheint manchmal exakt dasselbe zu sagen.“

Robert Cooper, Autor der Europäischen Sicherheitsstrategie

Mit dem Untergang der Sowjetunion Anfang der 1990er ergab sich eine Gelegenheit zur Ausweitung der europäischen Macht- und Einflussphäre. Dies erfolgte zuerst über die Aufnahme neuer Mitglieder, wodurch die EU von 15 auf 25 (2004) und mittlerweile 27 (seit 2007) Mitglieder anwuchs. Nahezu parallel wurde mit dem EU-Verfassungsvertrag (2003), dem späteren Vertrag von Lissabon (2009), das Mächtegleichgewicht im wichtigsten EU-Gremium, dem Rat der Staats- und Regierungschefs, drastisch zugunsten der großen EU-Staaten verschoben.

Die seit 2004 existierende Europäische Nachbarschaftspolitik folgt dem Prinzip einer „Expansion ohne Erweiterung“, indem die 16 teilnehmenden Länder zwar neoliberal umstrukturiert und einer großeuropäischen Wirtschaftszone peripher angegliedert werden – ohne allerdings eine reale Beitrittsperspektive zu erhalten. Die EU weist dadurch inzwischen dezidiert imperiale Strukturen auf: Die Macht konzentriert sich immer stärker auf wenige westeuropäische Staaten, wodurch ein ausgeprägtes Zentrum-Peripherie-Gefälle mit abnehmenden Einflussmöglichkeiten entsteht. Das EU-Militär dient nicht zuletzt der Absicherung und Kontrolle dieser großeuropäischen Einflusszone.

EU-Interessen: Triebfedern der Militarisierung

a) Europäische Sicherheitsstrategie: Robuster Globalmachtanspruch

„Als Zusammenschluss von 25 Staaten mit über 450 Millionen Einwohnern, die ein Viertel des Bruttonationalprodukts (BSP) weltweit erwirtschaften, ist die Europäische Union, der zudem ein umfangreiches Instrumentarium zur Verfügung steht, zwangsläufig ein globaler Akteur.“

„Bei den neuen Bedrohungen wird die erste Verteidigungslinie oftmals im Ausland liegen. [...] Wir müssen eine Strategiekultur entwickeln, die ein frühzeitiges, rasches und wenn nötig robustes Eingreifen fördert.“

Europäische Sicherheitsstrategie, Dezember 2003

b) Europäische Rohstoffkriege

„Die EU muss den Anspruch erheben, im Bereich Energie und Rohstoffe als Global Player aufzutreten. Es reicht nicht, in Lateinamerika oder Afrika Gender-Projekte zu finanzieren oder Seminare zur kommunalen Selbstverwaltung zu finanzieren. Vielmehr muss die EU lernen, ihre Interessen auf den Schauplätzen der Welt zu definieren und durchzusetzen.“

Ex-Verteidigungsstaatssekretär Friedbert Pflüger: Eine neue Ära des Energieimperialismus, in: Internationale Politik Mai/Juni 2010

„Künftige regionale Kriege könnten europäische Interessen tangieren, [...] indem europäische Sicherheit und Wohlstand direkt bedroht werden. Beispielsweise durch die Unterbrechung der Ölversorgung und/oder einer massiven Erhöhung der Energiekosten [oder] der Störung der Handels- und Warenströme.“

„Institut für Sicherheitsstudien der Europäischen Union“ (EUISS): European Defence - A Proposal for a White Paper, Mai 2004

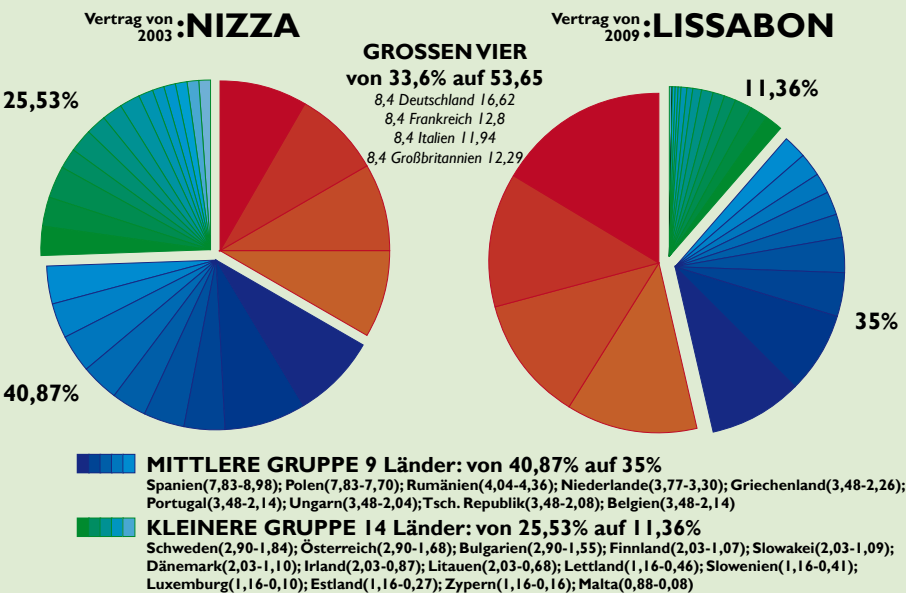
c) Bekämpfung der Armen

Mit der „Lissabon-Strategie“ (2000), „Global Europe“ (2006) und „Europe 2020“ (2010) verfolgt die Europäische Union eine aggressive Liberalisierungspolitik, die darauf abzielt, den heimischen Konzernen neue Absatz- und Investitionsfelder im Ausland zu erschließen. Diese neoliberale Außenwirtschaftspolitik ist für die Verarmung weiter Teile der Weltbevölkerung maßgeblich mitverantwortlich. Die Verheerungen und Konflikte, die mit dieser Politik einhergehen, rücken automatisch militärische Instrumente in den Vordergrund, um die getätigten Investitionen abzusichern, aber auch um für die Stabilität der Ausbeutungs- und Hierarchiestrukturen des internationalen Systems zu sorgen.

„Abschottungseinsätze – Schutz der Reichen dieser Welt vor den Spannungen und Problemen der Armen. Da der Anteil der armen, frustrierten Weltbevölkerung weiterhin sehr hoch sein wird, werden sich die Spannungen zwischen dieser Welt und der Welt der Reichen weiter verschärfen – mit entsprechenden Konsequenzen. Da es uns kaum gelingen wird, die Ursachen dieses Problems, d.h. die Funktionsstörungen der Gesellschaften, bis 2020 zu beseitigen, werden wir uns stärker abschotten müssen. [...] Für den Schutz der Ströme werden globale militärpolizeiliche Fähigkeiten (Schutz von Seewegen und kritischen Knotenpunkten etc.) und eine gewisse Machtprojektion (Verhinderung von Blockaden und Bewältigung von regionaler Instabilität) erforderlich sein.“

Ries, Tomas: Die EU und das globalisierte Sicherheitsumfeld, in: Vasconcelos, Álvaro de (Hg.): Perspektiven für die europäische Verteidigung 2020, EUISS, Mai 2011, S. 67-84

STIMMVERTEILUNG: RAT DER EU



„Zivile“ EU-Einsätze?

Viele der EU-Auslandseinsätze gelten als „zivile“ Operationen, was aber ein Etikettenschwindel ist. Die „zivilen“ Missionen arbeiten oft eng verzahnt mit militärischen Einsätzen zusammen, greifen auf Militärs zurück und flankieren teils militärische Interventionen. Auch die militärische Ausbildung von Soldaten „befreundeter“ Länder läuft unter dem Banner „ziviler“ Einsätze.

Zivile Gelder für EU-Rüstungsprojekte

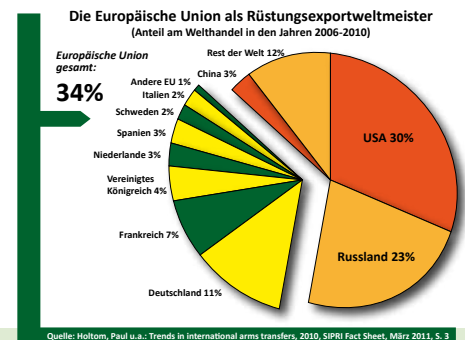
„Zivile“ EU-Einsätze können aus dem EU-Haushalt bezahlt werden, nicht aber Gelder für „Maßnahmen mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen“ (Artikel 41 EUV). Dieses Verbot wird allerdings vielfältig unterlaufen. So werden bspw. aus dem Forschungsetat, aus der Entwicklungshilfe, aber auch aus dem Agrar- oder Transporthaushalt häufig Maßnahmen mit militärrelevanten Bezügen querfinanziert.



Militarisierung der Innenpolitik

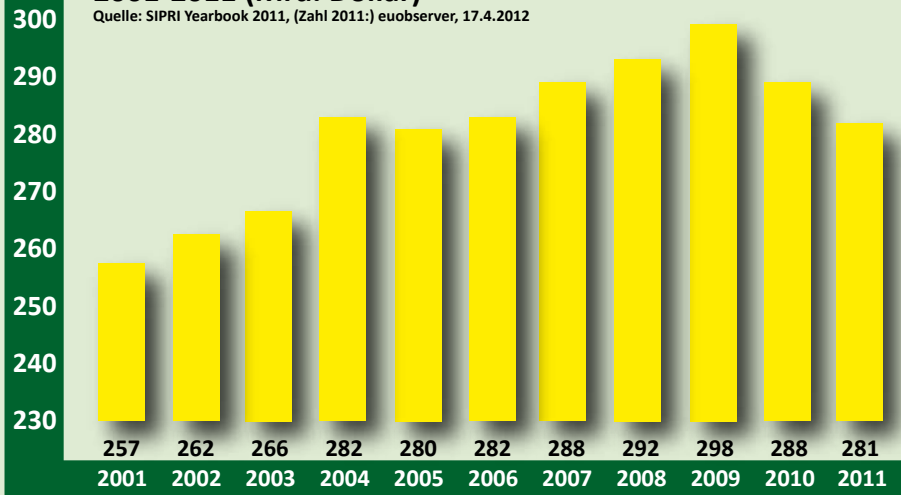
Angesichts der dramatischen Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise wächst unter den Herrschenden die Sorge vor zunehmenden Sozialprotesten. So analysierte die Schweizer Großbank UBS im September 2011: „Die ökonomischen Kosten [der Wirtschafts- und Finanzkrise] sind das Geringste, über was sich Investoren Gedanken machen sollten. [...] Schließlich ist es auch bemerkenswert, dass nahezu keine moderne Währungsunion gescheitert ist, ohne dass es zu einer Form von autoritärem oder Militärregime oder zu einem Bürgerkrieg kam.“ (Euro break-up – the consequences, UBS, 06.09.2011) Um hierfür „gewappnet“ zu sein, ebnet die „Solidaritätsklausel (Artikel 222 AEUV) seit 1. Dezember 2009 Militäreinsätzen im europäischen Inland Tür und Tor. Konkret heißt es darin: „Die Union mobilisiert alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel, einschließlich der ihr von den Mitgliedstaaten bereitgestellten militärischen Mittel [...] im Falle einer Naturkatastrophe oder einer vom Menschen verursachten Katastrophe einen Mitgliedstaat auf Ersuchen seiner politischen Organe innerhalb seines Hoheitsgebiets zu unterstützen.“

Dies zeigt: Die Militarisierung der Außenpolitik und die Repression im Inneren sind zwei Seiten derselben Medaille, die gleichzeitig bekämpft werden müssen!



Rüstungsausgaben der EU-Staaten: 2001-2011 (Mrd. Dollar)

Quelle: SIPRI Yearbook 2011, (Zahl 2011:) euobserver, 17.4.2012



EU-Demokratiedefizit: Krieg außer Kontrolle

Über EU-Kriegeinsätze entscheiden allein die Staats- und Regierungschefs. Das Europäische Parlament hat laut EU-Vertrag (Artikel 36) lediglich das Recht „angehört“ und „unterrichtet“ zu werden sowie „Anfragen oder Empfehlungen“ auszusprechen, an die sich aber niemand halten muss. Auch das Budgetrecht und damit generell die Einflussmöglichkeiten in diesem Bereich sind extrem eingeschränkt. Darüber hinaus spricht Artikel 175 des „Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union“ (AEUV) auch dem Europäischen Gerichtshof (EUGH) jegliche Kompetenz ab: „Der Gerichtshof der Europäischen Union ist nicht zuständig für die Bestimmungen hinsichtlich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und für die auf der Grundlage dieser Bestimmungen erlassenen Rechtsakte.“ Das bedeutet, dass in der Frage von Krieg und Frieden auf EU-Ebene keinerlei Form von ernstzunehmender Gewaltenteilung existiert.

EAD: Eine Superbehörde für die Supermacht

Am 1. Dezember 2010 nahm der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) seine Arbeit auf, eine neue EU-Superbehörde, die – verglichen mit Deutschland – die Kompetenzen des Verteidigungs-, Außen- und großer Teile des Entwicklungsministeriums in sich vereinigt. Im Ergebnis planen nun Militärs die zivile Außen- und Entwicklungspolitik mit. Die EU verspricht sich von dieser Bündelung eine Maximierung ihrer machtpolitischen Projektionsfähigkeiten, wie die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton offen einräumt: „Zur Unterstützung einer einheitlichen politischen Strategie müssen wir sämtliche Einflusshebel mobilisieren – politische, ökonomische,

plus zivile und militärische Krisenmanagementwerkzeuge. Die Schaffung des Europäischen Auswärtigen Dienstes ist entscheidend, um exakt die Art vereinigten Denkens und Handelns zu fördern, die wir benötigen. Hierbei handelt es sich nicht um eine bürokratische Übung, sondern um eine sich nur einmal jeder Generation bietende Gelegenheit, etwas Neues zu schaffen. Ich hoffe, sie haben nun mein Anliegen verstanden. Die Tage, in denen die Europäische Außenpolitik als Gewäsch ohne Handlungen abgetan werden konnte, sind nun vorüber.“



EAD-Zentrale in Brüssel

Impressum:

Herausgeber des **Fact-Sheet: EU-Militarisierung** sind die Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V. und die Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen.

Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V.
Hechinger Str. 203
72072 Tübingen

Mehr Informationen:

www.imi-online.de - www.dfg-vk.de

Bildhinweise:

S. 1.: Grafik unten links, Genese der Europäischen Verträge – ©IMI auf der Basis einer Grafik in „Militärsgeschichte 2/2011“; S. 2: Karte oben und Grafik zur Stimmenverteilung - ©IMI; S. 3: alle Grafiken - ©IMI, z.T., auf der Basis von Zahlen SIPRI 2012; S. 4: Foto EU-Parlament - © Alfredovic, CC Lizenz über Wikimedia, Foto EAD-Gebäude - Sabine Lösing.

